

Niederschrift über die Sitzung
am 28.09.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod Raum

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Baum	Vorsitzender (bis 18:30 Uhr)
Herr Döblin	
Herr Heuer	stellv. Vorsitzender
Herr Kläs	
Frau Lawrenz	
Frau Röder	stellv. Vorsitzende
Herr Strothmann	
Herr Winkelmann	

Vertreter Anbieterorganisationen:

Herr Imorde	
Herr Reeske	(bis 18:30 Uhr)

Mitglieder der Fraktionen mit beratender Funktion:

Frau Brandi (CDU)	(bis 18:30 Uhr)
Frau Weißenfeld (SPD)	
Frau Bauer (Bündnis 90 / DieGrünen)	
Herr Rudolf (BfB)	(bis 18:50 Uhr)

Gewählte stellvertretende Mitglieder

Frau Schaphaus
Frau Schrader
Frau Dröge
Herr Urbigkeit

Stellvertreter der Anbieterorganisationen:

Frau Friedrichs-Carpentier	(bis 18:30 Uhr)
----------------------------	-----------------

Stellvertreter der Fraktionen:

Herr Donath (SPD)	
Herr Remmo (Bündnis 90 / DieGrünen)	(bis 16:45 Uhr)
Frau Köttnitz (BfB)	(bis 18:30 Uhr)

Von der Verwaltung

Herr Ohlendorf	Zentraler Dienst JSW
Frau Förster	Zentraler Dienst JSW
Frau Kniep	Zentraler Dienst JSW
Frau Wemhöner	Amt für Planung und Finanzen JSW
Frau Heuer	Amt für Planung und Finanzen JSW
Herr Berendes	Amt für Planung und Finanzen JSW
Herr Lewald	Amt für Planung und Finanzen JSW (Schriftführer)

Gäste:

Bürgermeister Grube
Frau Katterle (Gemeinsam Wohnen in Bielefeld e.V.)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass auf den Tag genau vor zehn Jahren die erste konstituierende Sitzung des Beirates stattgefunden habe und begrüßt Bürgermeister Grube, der anlässlich des 10-jährigen Bestehens ein Grußwort an den Beirat richtet.

Bürgermeister Grube führt in seinem Grußwort aus, dass sich die Stadt Bielefeld schon vor der Konstituierung des Beirates ihrer Verantwortung für ihre behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger bewusst gewesen wäre. Es habe auch schon vor dem 28.09.1995 Gremien gegeben, in denen Probleme, Zielsetzungen und Einzelmaßnahmen besprochen worden seien. Aber die Einsetzung eines Beirates mit eigener Satzung und politischer Kompetenz sei auch heute bundesweit betrachtet keine Selbstverständlichkeit und sie sei es erst recht vor 10 Jahren nicht gewesen.

Es werde heute viel von Vernetzung gesprochen. Bürgermeister Grube stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der Beirat wohl mit gutem Gewissen für sich in Anspruch nehmen könne, das Gremium zu sein, das einen der höchsten Vernetzungsgrade aufweise. Laut Satzung sei er mit seinen Mitgliedern in allen relevanten Fachausschüssen vertreten, stehe über Arbeitskreise ständig in Verbindung mit der Fachverwaltung und als Teilhilfesystemkoordinatoren berufene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung würden laufend berichten sowie fachlich zuarbeiten. Vor allem aber sei der Beirat ein Rat der selbst Betroffenen, kein Kreis hauptamtlicher Verbandsfunktionäre! Schon das habe seine eigene Qualität.

Dieses Gerüst sei vor 10 Jahren gezimmert worden und es habe sich nach Auffassung von Bürgermeister Grube als solches bis heute gut bewährt. Doch gelte es heute nicht, diesem Gerüst die Ehre zu erweisen, sondern mehr denjenigen, die es genutzt haben, um den Anliegen behinderter Menschen dieser Stadt engagiert Rechnung zu tragen.

Bürgermeister Grube bedankt sich für die hohe Arbeitsdichte und das große persönliche Engagement der Mitglieder des Beirates, die in den zurück liegenden 10 Jahren über 100 Sitzungen mit über 1.000 Tagesordnungspunkten bewältigt hätten, wobei die vielen Sitzungen und Treffen der Arbeitskreise gar nicht mit eingerechnet seien.

In einer stichwortartigen Rückschau würdigt Bürgermeister Grube die bisherige Arbeit des Beirates auf dem Gebiet der kommunalen Behindertenhilfepolitik und erwähnt die nicht unerhebliche Mühe, die nach Behindertenhilfeplan und Satzung vorgesehenen Strukturen zunächst in der Praxis zu realisieren, mit Leben zu füllen und den umfangreichen Behindertenhilfeplan weitgehend umzusetzen. Lang sei zum Beispiel die Liste der Bauvorhaben, an denen der Beirat mit Umsetzungsempfehlungen und Forderungen zur Barrierefreiheit beteiligt gewesen sei. Dabei sei auffällig gewesen, dass sich der Beirat nicht stur an die vorhandenen DIN-Vorschriften geklammert habe, sondern immer versucht habe, pragmatische Lösungen und den Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Behinderungsgruppen sowie den Belangen nicht behinderter Menschen zu finden.

Neben vielen Straßen- und Einzelprojekten finde sich die Handschrift des Beirates im Wiesenbad, Ishara, Cinemaxx, Cinestar, den ausgestalteten Stadtbahnhaltestellen, den Plänen zum Stadttheater, zum Bahnhof und im nur begrenzt geglückten Versuch, auf die bauliche Gestaltung der Universität Einfluss zu nehmen. Dem Beirat sei auch für seinen Einsatz für einen behindertengerechten ÖPNV in Bahn und auch weitgehend im Busbereich zu danken. Gleichfalls zu danken sei für die Bemühungen um den Behindertenfahrdienst sowie um die Barrierefreiheit im Verkehrsverbund OWL.

Bürgermeister Grube stellt heraus, dass das Beratungsangebot erweitert, vernetzt und transparenter gemacht worden sei. Die Anzahl der Plätze schwer behinderter Kinder in Tageseinrichtungen habe sich nicht zuletzt durch die Aktivitäten des Beirates mehr als verdoppelt, die Reihenuntersuchungen nach GTK als wichtiges prophylaktisches Instrument hätten neu etabliert werden können. Ferner seien die Bereiche „Frühförderung“ und „Tageseinrichtungen“ näher zusammengedrückt und würden erfolgreich kooperieren.

Wie Bürgermeister Grube weiter ausführt, habe auch der Bereich Schule dem Beirat zu danken und zwar nicht nur für seine Interventionen zu integrativen Unterrichtsformen gegenüber der ministeriellen Ebene oder der Sicherung der Finanzierung von Assistenzleistungen für schwer behinderte Schulkinder. Ebenso seien in Fragen der Handhabung der Sozialhilfe bzw. des jetzigen Sozialgesetzbuch XII sowie der Organisation der Hilfeleistungen zwischen Stadt und Landschaftsverband qualifizierte Hinweise in die Umsetzungspraxis eingeflossen.

Zwar ließe sich die Liste der Erfolge nach Meinung von Bürgermeister Grube noch ohne Probleme fortführen, jedoch würde der Eindruck täuschen, der Beirat sei ein Modell, das nur Erfolge kenne. Oft genug hätten den Vorstellungen des Beirates gegenläufige Landesinteressen oder Interessen überregional organisierter Träger entgegen gestanden. Auch auf der kommunalen Ebene habe es „Blessuren“ gegeben, z.B. in der Auseinandersetzung um Hochbahnsteige und die Altstadtpflasterung.

Das alles, so Bürgermeister Grube, verändere aber unter dem Strich nichts an der positiven Bilanz, die heute gezogen werden könne und daher wünsche er dem Beirat die Kraft und den Elan des letzten Jahrzehnts für die Zukunft, denn neue Herausforderungen, wie z.B. die sich durch die demografische Entwicklung ergebenden neuen Problemlagen, die Aushandlung von Planungs- und Zielvereinbarungen mit dem Landschaftsverband oder Projekte, wie das Persönliche Budget, seien bereits sichtbar.

In diesem Sinne bedankt sich Bürgermeister Grube im Namen von Rat und Verwaltung der Stadt Bielefeld bei allen jetzigen und ehemaligen Beiratsmitgliedern für die Arbeit der letzten 10 Jahre und verbindet seinen Dank mit dem Wunsch nach einem nicht nachlassenden Engagement des Beirates, einer weiterhin guten Zusammenarbeit und viel Erfolg für die nächsten 10 Jahre.

Vorsitzender Baum bedankt sich bei Bürgermeister Grube für das Grußwort und zieht anschließend selbst noch eine kurze Bilanz über die 10-jährige Tätigkeit des Beirates.

Bürgermeister Grube verlässt die Sitzung.

Vorsitzender Baum fragt nach, ob es Änderungswünsche zur aufgestellten Tagesordnung gebe. Herr Ohlendorf bittet für den Fall, dass sich die Berichterstatterin zu TOP 7, Frau Katterle, verspäten sollte, um entsprechende Verschiebung dieses Punktes. Hiergegen gibt es keine Einwände. Da keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung geäußert werden, stellt Vorsitzender Baum die Genehmigung der Tagesordnung fest.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 1 - *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 31.08.2005

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 31.08.05 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 2 - *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Eingabe zur baulichen Umgestaltung des Hauptbahnhofes Bielefeld hier: Schreiben "Die Bahn" vom 01.09.05

Vorsitzender Baum weist auf das Schreiben von "Die Bahn" vom 01.09.05 hin, welches mit der Einladung zur heutigen Sitzung verschickt wurde. Ergänzend teilt Herr Strothmann mit, dass es am 25.08.05 eine erneute Begehung des Bielefelder Hauptbahnhofes gegeben habe und nunmehr ein weiteres Gutachten zur Barrierefreiheit durch den auf diesem Gebiet sehr versierten Architekten Klaus-Dieter Wüstermann erstellt werde.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.1 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Planung des 4. Werkstatttages der Behindertenhilfe am 05.05.2006

Herr Ohlendorf teilt mit, dass die Veranstaltungsreihe der Werkstatttage im Einvernehmen mit allen bisher beteiligten Trägern und vor dem Hintergrund der guten Resonanz der vergangenen Jahre fortgeführt werden soll. Der nächste Werkstatttag möchte sich stärker auf die Kompetenzen und Ausdrucksmöglichkeiten der Betroffenen ausrichten und für diese den Tag im Sinne eines „Kreativworkshops“ gestalten, aber auch - diesmal gesondert - Foren für Professionelle und Angehörige vorsehen.

Das Thema soll sich im weitesten Sinne an der Frage vorhandener/fehlender sozialer Kontakte ausrichten. Angedacht sei, dass Ergebnisse im Verlauf des Tages (Europäischer Aktionstag) auch in die Öffentlichkeit getragen werden sollen. Veranstaltungsort werde im Rahmen eines Kooperationsmodells die VHS sein.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.2 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Sachstand Zielvereinbarung mit dem Landschaftsverband (LWL)

Wie Herr Ohlendorf mitteilt, sei im Zuge der Hochzonung zwischen LWL und den kommunalen Trägern eine Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe geschlossen worden. § 3 dieser Vereinbarung sehe vor, zu örtlichen Zielvereinbarungen zu kommen, die unter Einbeziehung von Trägern, örtlicher Gremien und Betroffener individuelle und strukturelle Hilfeplanprozesse initiieren bzw. weiterentwickeln sollen.

Nach mit dem LWL geführten Gesprächen liege nunmehr der Verwaltung ein entsprechender Vertragsentwurf des LWL vor, der sich allerdings noch im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess befinde. Wie bereits berichtet worden sei, hätten die Maßnahmen innerhalb der Zielvereinbarung den Charakter differenzierter Bedarfsplanungsprozesse, die in einer jährlichen Regionalplanungskonferenz zwischen Stadt und LWL abgestimmt werden sollen. In Bielefeld werde es hierzu voraussichtlich zwei Konferenzen geben, die die hier gewachsene Trennung zwischen „Psychiatrie“ und Menschen mit geistigen, körperlichen und Mehrfachbehinderungen berücksichtigen.

Die Verwaltung denke nach Angaben von Herrn Ohlendorf daran, vorbereitende und zu beteiligende Gremien mit jeweils 4 Vertretern des Beirates und 4 Vertretern der Fachkonferenz Behindertenhilfe zu besetzen. Er hoffe, dass sich hierfür ausreichend Beiratsmitglieder melden. Schwerpunkte der Konferenzen seien:

- Optimierung der Hilfeplanverfahren
- Optimierung von Beteiligungsstrukturen
- Bedarfsfeststellungen (quantitativ/qualitativ)
- Weiterer Abbau stationärer Plätze (Ambulantisierung)
- Berücksichtigung neuer Versorgungsformen wie Familienpflege

Die Verwaltung werde weiter berichten, sobald ein Vertrag vorliege.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.3 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Umzug Café 3 b

Vorsitzender Baum teilt mit, dass das Café 3 b voraussichtlich im Frühjahr 2006 in die Feilenstr. 3, 33602 Bielefeld (Eilers-Passage) umziehen werde.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.4 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Zeitplan Haushaltsplanberatungen 2006

Vorsitzender Baum verweist auf die zu diesem TOP versandte Anlage

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.5 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.6 (neu) Informationsveranstaltung zur Umsetzung von barrierefreien Dokumenten

Herr Ohlendorf berichtet, dass im Rahmen der „Woche des Sehens“ vom 10.-15.10.05 der Blinden- und Sehbehinderten-Verein Bielefeld e.V. (BSVB) einen Aktionstag am 10.10.05 mit Blick auf die Forderung des BGG NRW § 9 zum Anspruch auf Barrierefreiheit behördlicher Dokumente plane. Der Verein habe an den Koordinator für Behindertenhilfe die Bitte herangetragen, entsprechende Aktionen zur Demonstration technischer Möglichkeiten in Räumen der Verwaltung durchzuführen. Dies werde in der Bürgerberatung ermöglicht. Herr Ohlendorf weist darauf hin, dass Materialien des BSVB in der Sitzung ausliegen.

Herr Strothmann teilt ergänzend mit, dass ein entsprechendes Projekt bereits in Dortmund laufe. Dort würden u.a. Schulungen zur Benutzung von Vordrucken bzw. Dokumenten angeboten.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.6 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 3.7 (neu) Ratgeber für behinderte Menschen

Herr Ohlendorf teilt mit, dass der vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung herausgegebene Ratgeber in der Sitzung ausliege.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.7 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 3.8 **ASD - mobil**
(neu)

Herr Ohlendorf berichtet über den ASD mobil. Der ASD mobil sei ein kommerziell ausgerichteter Träger, der künftig Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe (Betreutes Wohnen) erbringen werde. Eine entsprechende Zustimmung des LWL (Leistungsvertrag) liege vor. Der Dienst beschäftige mehrere Sozialarbeiter/Sozialpädagogen als freie Mitarbeiter. Prospekte zur Information würden in der Sitzung ausliegen.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.8 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 3.9 **Quartiersbezogene Prävention im vorpflegerischen Bereich**
(neu)

Herr Ohlendorf informiert mit Blick auf gegebene Schnittmengen zwischen den Bereichen Pflege/Eingliederungshilfe über die zu o.g. Thema geplante Veranstaltung am 08.11.05. Einladungen hierzu liegen in der Sitzung aus.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.9 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 3.10 **20 Jahres BIKIS**
(neu)

Herr Ohlendorf teilt mit, dass am 11.11.05 die BIKIS ihr 20-jähriges Jubiläum mit einer Fachtagung im Neuen Rathaus in Bielefeld begehe.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.10 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 3.11 **Altstadtpflasterung**
(neu)

Vorsitzender Baum teilt mit, dass zur Altstadtpflasterung vom Seniorenrat eine eigene Stellungnahme abgegeben werden wird. Daher werde er nunmehr die abschließende Stellung des Beirates für Behindertenfragen absenden.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.11 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 3.12 **Berufsmöglichkeiten und Freizeitangebote für Rheumatiker**
(neu)

Vorsitzender Baum weist auf eine Veranstaltung der Deutschen Rheuma-Liga NRW im Café 3 b am 22.10.05 ab 14:00 Uhr hin. Bei dieser Veranstaltung können Rheumatiker der Altersgruppe 15 bis 35 Jahre Informationen zu Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie Freizeitangeboten des Jugendkulturringes erhalten.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.12 neu - *

-.-.-

**Zu Punkt 3.13 Mobilität und Barrierefreiheit im Alltag
(neu)**

Vorsitzender Baum teilt mit, dass am 19.10.05 in der Zeit von 16:00 - 17:00 Uhr zum Thema "Mobilität und Barrierefreiheit im Alltag" die Möglichkeit zum Chat mit ihm unter der Adresse www.webwecker-bielefeld.de bestehe und bittet alle Anwesenden, diese Informationen weiter zu geben.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3.13 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Herr Döblin teilt mit, dass sich der SGA in seinen letzten Sitzungen mit der kommunalen Altenplanung befasst habe und stellt die Frage, ob sich der Beirat nicht ebenfalls mit der kommunalen Altenplanung beschäftigen solle. Nach übereinstimmender Auffassung der Anwesenden soll sich der Beirat mit der kommunalen Altenplanung beschäftigen, weil es Schnittmengen mit den Aufgabengebieten des Beirates gebe. Es wird angeregt, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen dem Beirat zur kommunalen Altenplanung im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen berichten möge.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 4 - *

-.-.-

Zu Punkt 5 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Frau Röder, Herr Winkelmann und Vorsitzender Baum berichten aus dem Schul- und Sportausschuss, dem UStA bzw. dem SGA. Herr Kläs berichtet über die Beschlussfassung des JHA in seiner Sitzung vom 07.09.05 zur Erweiterung des Angebotes im Bereich heilpädagogischer / additiver Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder. Er führt aus, dass seines Erachtens eine Chance vertan worden sei, ein Angebot im Bielefelder Norden zu schaffen und die getroffene Entscheidung nach seiner persönlichen Einschätzung parteipolitisch geprägt gewesen sei. Diese Einschätzung wird von Frau Weißenfeld zurückgewiesen. Nach ihrer Auffassung habe sich die Beschlusslage nach fachlichen Gesichtspunkten ergeben. Zudem habe der überwiegende Wille der Eltern bestanden, dass Angebot der AWO zu nutzen. Frau Weißenfeld weist noch darauf hin, dass für die Zukunft ein Angebot für den Bereich heilpädagogischer / additiver Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder in Bielefeld-Mitte geplant sei.

Frau Schrader berichtet aus dem Arbeitskreis Integration. Wie sie darlegt sei bei den Frühförderungen ein alarmierender Anstieg zu verzeichnen. Es sei zu befürchten, dass mit den vorhandenen Kapazitäten die Untersuchungen des Gesundheitsamtes nicht mehr vollständig geleistet werden könnten. Zur Bewältigung dieser Aufgabe erscheine eine Vollzeitstelle im Gesundheitsamt erforderlich. Es herrschte Einigkeit, dieses Thema von Seiten des Beirates weiter aufmerksam zu verfolgen.

Herr Döblin berichtet aus der Sitzung des Seniorenrates vom 21.09.05, in der

entschieden worden sei, dass vom Seniorenrat eine eigene Stellungnahme zur Altstadtpflasterung an die Verwaltung abgegeben werde.

Herr Rudolf weist auf eine Ausstellung zum behindertengerechten Wohnen in der Harrogate-Siedlung hin, die demnächst stattfindet.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 5 - *

Zu Punkt 6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 6 - *

Vorsitzender Baum unterbricht die Sitzung um 17:05 Uhr für eine Pause. Die Sitzung wird um 17:15 Uhr fortgesetzt.

Zu Punkt 8 Tätigkeitsbericht zur Pflegeberatung (vorgezogen)

Wie Frau Kniep ausführt, habe es im Berichtszeitraum erstmals einen Rückgang der Anfragen in der Pflegeberatung gegeben. Dieser Rückgang habe nach ihrer Einschätzung seine Ursache zum Einen in der verstärkten Nutzung des Internetangebotes der Pflegeberatung und zum Anderen darin, dass es erstmals freie Kapazitäten im stationären Bereich gegeben habe und die Pflegeeinrichtungen ihre freien Plätze direkt an die sozialen Dienste gemeldet hätten. Insofern habe die Pflegeberatung weniger im Bereich der Pflegeplatzvermittlung tätig werden müssen. Ohnehin hätten sich die Schwerpunkte in der Pflegeberatung von der Vermittlung von Pflegeplätzen zu komplexen Beratungen rund um die Pflege Angehöriger verschoben. Als Bereiche, die in der Pflegeberatung am stärksten nachgefragt worden seien, führte Frau Kniep die stationäre Pflege (21 %), Finanzierungsfragen (14 %) sowie Wohnen mit Service (11 %) an.

Nach Angaben von Frau Kniep würde sich die Klientel aufteilen in 70 % Frauen und 30 % Männer. Die meisten Klienten hätten zuletzt allein gelebt. Hauptklientel sei die Personengruppe der über 80-Jährigen.

Wie Frau Kniep im Weiteren ausführt, seien im Berichtszeitraum neue Trends zu erkennen gewesen. So gebe es vermehrt Wechsel aus stationären Einrichtungen aus finanziellen Gründen. Beim Wohnen mit Service könne festgestellt werden, dass Anbieter nicht mehr ausschließlich Pflegepauschalen erheben würden, sondern einige Anbieter dazu übergehen würden, die tatsächlich abgerufene Pflege abzurechnen.

Schließlich geht Frau Kniep noch auf neue Angebote, wie z.B. ehrenamtliche Hilfsdienste, 1-€-Job-Angebote sowie Pflegeangebote durch polnische Arbeitskräfte ein. Zusammenfassend stellt Frau Kniep fest, dass der Markt derzeit sehr in Bewegung sei und sich stark verändere.

Fragen von Herrn Reeske zu freien stationären Pflegeplätzen, Herrn Kläs zu pflegerischen Angeboten für Kinder und jungen Menschen sowie Herrn Winkelmann zu unterschiedlichen Pflegeeinstufungen werden von Frau Kniep beantwortet.

Der Bericht zur Pflegeberatung wird vom Beirat zur Kenntnis genommen.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 8 - *

Zu Punkt 7

Leistungsvereinbarung mit dem LWL - Konsequenzen für die ambulante Behandlung

Frau Katterle beginnt ihren Vortrag mit allgemeinen Ausführungen zu den neuen Leistungsvereinbarungen mit dem LWL und zeigt in einer Präsentation (s. **Anlage 1**) die Veränderungen zu den bisher in Bielefeld bestehenden Vereinbarungen auf. So würde nun u.a. eine Fachleistungsstunde mit 48,30 € abgerechnet. Dabei könnten neben dem Fachpersonal auch bis zu 30 % ungelernete Kräfte pro Nutzer eingesetzt werden. Ferner seien jetzt 10 % der Kontakte im sozialen Umfeld, ohne das der Nutzer dabei wäre, und 20 % der gemeinsamen Aktivitäten (gA) doppelt abrechenbar. Außerdem würden die Leistungsanbieter nun vom LWL Abschlagszahlungen erhalten; am Ende des Jahres erfolge dann eine genau Abrechnung der Abschlagszahlungen mit den erbrachten Leistungen.

Jeder Dienst habe ein zu errechnendes Fachleistungsbudget auf seine in 2004 bestehenden Betreuungsverhältnisse verteilen müssen. Das Fachleistungsbudget habe sich aus 66 % der direkten Leistungen pro Vollzeitstelle errechnet. Dieses Fachleistungsbudget sei die Grundlage für die sogenannte Anpassungsfinanzierung.

Wie Frau Katterle darlegt, wirke sich dies in der Weise auf Gemeinsam Wohnen in Bielefeld e.V. aus, dass das Fachleistungsbudget von 12.000 Stunden auf 10.250 Stunden gekürzt werde und dadurch beim Einnahmehbudget eine Einbuße von ca. 20 % in 2005 verzeichnet werden müsse. Gleichzeitig entstehe ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch die Umstrukturierung auf Abschlagszahlungen und das Zeitcontrolling für die Stundenauslastung pro Nutzer.

Für die Nutzer hätten nach Angaben von Frau Katterle die Veränderungen der Vereinbarungen mit dem LWL die Folge, dass zahlreiche Nutzer ihr Budget bereits überzogen hätten. Das erfordere zusätzliche Absprachen mit dem LWL. Allerdings bewege sich der LWL nach Einschätzung von Frau Katterle hierbei kaum.

Dies sei leider auch beim Hilfebedarf mit doppelter gA-Zeit, der nur sehr schwer zu ermitteln sei, zu beobachten, denn dieser Hilfebedarf finde im Clearing noch keine Berücksichtigung und werde nicht als Grund für einen Mehrbedarf akzeptiert. Hinzu komme, dass sich der 20 %-Anteil der gA bei vielen Nutzern nicht einhalten lasse. Ein anderes Problem ergebe sich daraus, dass die doppelte Berechnung der gA auf Widerstand bei den Nutzern stoße.

Ferner kritisiert Frau Katterle, sei für viele Nutzer unklar, was als Kontakt im sozialen Umfeld gelte. Auch seien die sich häufenden Mehrbedarfsanträge, die

nicht oder erst nach einer Bearbeitungsdauer von bis zu 8 Wochen bewilligt würden, ein Problem.

Frau Katterle stellt im Weiteren das Modell der Anpassungsfinanzierung vor und legt dar, es habe erst im August 2005 eine erste, sehr fehlerhafte Übersicht des LWL über regelmäßige Abschlagszahlungen gegeben. Bis September 2005 sei noch keine Anpassungsfinanzierung erfolgt. Bei den Mitarbeitern des Vereins herrsche zudem große Verunsicherung hinsichtlich der abrechenbaren Betreuungszeiten und deren Dokumentation. Aufgrund des verminderten Einnahmebudgets müsse der Gesamtdienst umstrukturiert werden.

Zusammenfassend stellt Frau Katterle die der Änderung der Vereinbarung zu Grunde liegenden "Denkfehler" heraus. So würden ihres Erachtens mit der Anpassungsfinanzierung für den Anbieter und dem individuellen Hilfebedarf des Nutzers zwei Dinge miteinander vermischt, die nichts miteinander zu tun hätten. Ebenso wenig habe die prozentuale Festsetzung von abrechenbaren Zeiten mit dem individuellen Hilfebedarf gemein. Ferner führe der Einsatz von Nichtfachkräften zu einem Personalabbau von professionellen Kräften. Schließlich würden die neuen Vereinbarungen einen erhöhten Verwaltungsaufwand bedeuten und hätten eine weniger transparente Abrechnung der Betreuungsleistungen sowie eine massive Einsparung von Leistungs- und Regiezeiten zur Folge.

Anschließend beantwortet Frau Katterle Fragen von Frau Röder, Herrn Winkelmann und Herrn Urbigkeit. Herr Imorde führt aus, dass für ihn die Vereinbarung mit dem LWL eine Überregulierung darstelle, die eine "Knebelung" der Anbieter bedeute und der individuelle Hilfebedarf nicht mehr maßgebend sei. Herr Rudolf schließt sich der Kritik von Herrn Imorde an.

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass bei nicht ausreichend berücksichtigtem Hilfebedarf Rechtsmittel gegen die Festsetzung der Hilfeleistung eingelegt werden könnten. Frau Röder hält es jedoch für fraglich, ob die Einlegung von Rechtsmitteln in den meisten Fällen noch Erfolg bringen könne, da die Vereinbarung mit dem LWL seit dem 01.01.2005 Bestand habe und folglich viele Leistungsbescheide bereits rechtskräftig geworden sein dürften. Nach Meinung von Herrn Winkelmann sollten die Themen rund um die neue Leistungsvereinbarung, wie z.B. Leistungsbewilligungen, erhöhter Hilfebedarf oder Clearing mit dem LWL erörtert und hierzu ein Vertreter des LWL eingeladen werden.

Vorsitzender Baum merkt an, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme des Beirates auf den LWL als überörtlichem Sozialhilfeträger nur begrenzt seien und bittet daher zunächst Frau Katterle eine Stellungnahme mit den Problem- punkten zur neuen Leistungsvereinbarung vorzubereiten, die dann vom Beirat gegenüber dem LWL abgegeben werden solle. Dieser Vorschlag wird von den Anwesenden unterstützt.

Frau Röder, Herr Imorde und Herr Reeske fordern gleichwohl, dass sich der Beirat darüber hinaus auch selbst gegenüber der Stadt Bielefeld zur Hochzo- nung positionieren möge.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 7 - *

Vorsitzender Baum unterbricht die Sitzung um 18:25 Uhr für eine Pause und übergibt die weitere Leitung der Sitzung an Herrn Heuer. Herr Heuer setzt die Sitzung um 18:30 Uhr fort.

Zu Punkt 9

Tagesbetreuung von Kindern hier: Kinder unter 3 Jahren

Frau Schrader, Frau Weißenfeld und Frau Heuer diskutieren die Rechtslage und den Sachstand in Bielefeld zur Tagesbetreuung von Kindern, insbesondere der Kinder mit Behinderungen unter 3 Jahren. Wie Frau Schrader ausführt, habe das Montessori-Kinderhaus an der Rosenhöhe einen Antrag auf Einzelintegration von unter 3-jährigen Kindern bei der Stadt Bielefeld gestellt. Ein vergleichbarer Antrag soll in Münster Erfolg gehabt haben. Es stelle sich daher die Frage, wie in Bielefeld weiter vorgegangen werden solle. Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass die Verwaltung noch eine Vorlage zu diesem Thema erarbeite, auf die auch noch der Jugendhilfeausschuss warten würde. Nach Angaben von Frau Heuer hätten Gespräche mit dem LWL ergeben, dass es vom LWL keine finanziellen Mittel für die Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren mit Behinderungen geben werde. Da die derzeitige schwierige Haushaltslage der Stadt Bielefeld den Mitgliedern des Beirates bekannt sei, könnten momentan keine öffentlichen Mittel in Aussicht gestellt werden, sondern müsse über andere Lösungen nachgedacht werden.

Fragen von Frau Röder und Herrn Winkelmann zu den gesetzlichen Grundlagen der Betreuung der unter 3-jährigen Kinder mit und ohne Behinderungen beantworten Frau Heuer und Frau Weißenfeld.

Herr Rudolf merkt an, dass die Betreuung der Kinder nach Möglichkeit grundsätzlich in den Familien erfolgen solle. Frau Schrader stellt darauf hin jedoch fest, dass die Zielgruppe für die hier angesprochene Tagesbetreuung vor allem der Personenkreis der Alleinerziehenden sei.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass die derzeitige Situation völlig unbefriedigend sei und die Angelegenheit einer zügigen Klärung bedarf. Daher wird von den Anwesenden eine Vorlage der Verwaltung angemahnt und dafür eingetreten, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Heuer stellt sodann folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen bittet die Verwaltung, die vorliegenden Planungen zur Versorgung unter dreijähriger Kinder unter besonderer Berücksichtigung von schwerbehinderten Kinder in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen. Der Beirat bezieht sich dabei auch auf den Beschluss des Jugendhilfeausschuss vom 06.04.05 zu TOP 4.1.

- einstimmig beschlossen -

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 9 - *

-.-.-

Zu Punkt 10 **Bericht Teilhilfesystem Freizeit**
hier: Ergebnisse der Veranstaltung am 28.09.05 und weiteres Vor-
gehen

Frau Förster berichtet über die Ergebnisse der Veranstaltung am 28.09.05 und kündigt hierüber eine noch zu erstellende Dokumentation an. Die Ergebnisse und die festgestellten Probleme würden in die Arbeit des Arbeitskreises einfließen. Hierzu würden weitere Berichte folgen.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 10 - *

-.-.-

Zu Punkt 11 **Sitzungstermine 2006**

Herr Lewald verweist auf die mit der Einladung versandte Übersicht zu den Terminvorschlägen. Die Anwesenden vereinbaren einen zusätzlichen Termin für den 25.10.06. Ferner verständigen sie sich darauf, dass die erste Sitzung im Jahre 2006 am 25.01.06 um 9:00 Uhr beginnen soll und die nachfolgenden Sitzungen im Wechsel von 16:00 Uhr und 9:00 Uhr stattfinden.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 11 - *

-.-.-

Zu Punkt 12 **Berichte und Mitteilungen an die Presse**

Es soll ein Bericht über das zehnjährige Bestehen des Beirates an die Presse gehen.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 12 - *

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand -

Herr Lewald verweist auf eine Stellungnahme des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen vom 08.07.05, die sich auf den Beschluss des Beirates in der Sitzung vom 27.04.05 beziehe. Die Stellungnahme sei vom Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen irrtümlich nicht an die Geschäftsführung des Beirats (550.32), sondern an das Gesundheitsamt (530.32) gesandt worden und habe daher dem Beirat erst jetzt - nach nochmaliger Erinnerung im Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen - vorgelegt werden können (s. **Anlage 2**). Frau Röder wendet ein, dass die Stellungnahme unbefriedigend sei und schlägt vor, das Thema noch einmal zu einem Tagesordnungspunkt im Beirat zu machen.

Herr Heuer fragt nach einem Beschluss aus der letzten Legislaturperiode zum Einsatz von Zivildienstleistenden, da hierzu bislang noch keine Antwort bzw. Stellungnahme erfolgt sei. Es wurde vereinbart, dass die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung des Beirates geklärt werde.

* Beirat für Behindertenfragen - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 13 - *

Herr Heuer schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Bielefeld, 28.09.05

Wolfgang Baum
Vorsitzender

Jürgen Heuer
stellv. Vorsitzender

Lewald
Schriftführer